

## Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS  
– Drucksache 13/4281 –

### Gegenwärtige Umstrukturierungen im bundesdeutschen Rechtsextremismus

In einem sehr materialreichen und äußerst fundierten Artikel „Ein Abgang, ein Sturz und leichtes Sammlungsieber“ hat der antifaschistische Publizist Jean Cremer in der Zeitung „analyse und kritik“ (ak) vom 11. Januar 1996 die Umbruchkrise im bundesdeutschen Neofaschismus untersucht.

Jean Cremers wesentliche Untersuchungsergebnisse lauten:

Der organisierte Neofaschismus befindet sich in einer Krise. Zum Ausdruck kommt diese Krise einerseits durch die momentane relative Erfolglosigkeit der rechtsextremen Parteien bei den zurückliegenden Wahlen:

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 1995 erreichten die REP lediglich 0,8 % der abgegebenen Stimmen.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin 1995 konnten die REP nur 2,7 % der abgegebenen Stimmen erreichen, und sie verloren bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen im ganzen Stadtgebiet – im Westen der Stadt sogar verheerend (so erhielten die REP bei den Wahlen 1992 im Wedding 14,4 %, 1995 nur noch 4,7 %).

Bei den Kommunalwahlen in Bremerhaven am 24. September 1995 konnte die Deutsche Volksunion (DVU) zwar noch 5,7 % der abgegebenen Stimmen (drei Mandate) erreichen, ihr Stimmenanteil gegenüber der vorherigen aber hatte sich fast halbiert.

Diesen Stimmenverlusten bei diesen letzten Wahlen entsprechen auch die Wahlprognosen aus repräsentativen Umfragen: Danach haben die rechten Wahlparteien – hier vor allem die REP – beträchtliche Einbrüche zu verbuchen und dürften bei den Kommunalwahlen in Bayern und bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg Stimmenverluste hinnehmen müssen. Nach diesen Hochrechnungen liegen die REP „in Baden-Württemberg zwischen zwei und drei Prozent – ein Absturz von gut acht Punkten gegenüber der letzten Landtagswahl. In München, so eine Umfrage der SZ, wollen derzeit nur 1,8 Prozent REP wählen (vorher: 5,1 Prozent). Auf Bundesebene liegen die Zahlen konstant bei einem Prozent.“ (ak, 11. Januar 1996).

Die zu erwartenden Stimmenverluste dürften dann nicht nur aus dem gegenwärtigen Stimmungstief der rechten Wahlparteien resultieren, das vor allem auch aus dem Scheitern bei den Europa- und Bundestags-

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 26. April 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

wahlen 1994 gespeist wurde und wird, sondern sie hängen auch damit zusammen, daß die organisatorische Zerstrittenheit der Rechten sich noch weiter gefestigt hat. Bei den jetzt anstehenden Wahlen werden sie als Konkurrenten antreten und ihre Chancen für einen Einzug in die Parlamente damit sichtbar für die Wählerinnen und Wähler schmälern. So bei den Kommunalwahlen in Bayern beispielsweise, bei denen der „Bund freier Bürger – Die Freiheitlichen“ mit einem fast identischen Programm gegen die REP antreten werden.

Die politische Krise des bundesdeutschen Rechtsextremismus drückt sich aber nicht nur dadurch aus, daß es ihnen bei Wahlen nicht mehr gelingt, sich als politische Alternative zu den Regierungsparteien zu profilieren, sondern sie drückt sich gleichfalls durch die innere Zerstrittenheit dieser Parteien aus. Belegt wird dies beispielsweise

- durch die Abwahl des Bundesvorsitzenden der REP, Franz Schönhuber, nach dessen Stillhalteabkommen mit dem Bundesvorsitzenden der DVU im Jahre 1994 und seinem Austritt aus der von ihm mitbegründeten Partei im November 1995 stehen die REP vermutlich vor einem erheblichen Mitgliederverlust an ihrem rechten Flügel, da Schönhuber immer noch sehr beliebt in der Partei wegen seiner pointierten Positionen ist und in einer ganzen Reihe von Landesverbänden zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde, trotz – oder wohl richtiger gerade wegen – seines Grundsatzstreites mit dem jetzigen Parteivorsitzenden Schlierer über die Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremen Gruppierungen und Parteien. Schlierer vertritt in dieser Auseinandersetzung bekanntlich die Position der Abgrenzung gegenüber all jenen Strömungen und Parteien, die er als rechtsextrem einstuft, um so bei konservativen Kräften an Reputierlichkeit zu gewinnen;

- durch den Sturz des Bundesvorsitzenden der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Günter Deckert, durch das Parteipräsidium. Die Abwahl hatte zur Folge, daß Frank Golkowski, einziger in den Parteivorstand gewählter Vertreter aus den ostdeutschen Landesverbänden, mit der Abspaltung der Landesverbände Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt drohte. Golkowski ist bisher der einzige prominente NPD-Politiker, der Gespräche mit Schönhuber und der Deutschen Liga für Volk und Heimat (Deutsche Liga) über ein mögliches zukünftiges Zusammengehen geführt hat.

Dieser Tendenz der inneren Zerstrittenheit steht aber das Bemühen aus rechtsextremen Kreisen gegenüber, eine Vereinheitlichung oder zumindest eine zeitlich begrenzte Bündelung der Kräfte herzustellen. Der Brigadegeneral a. D. Reinhard Uhle-Wettler drückt diesen Gedanken im „Ostpreußenblatt“ wie folgt aus: „Wer nicht bereit ist, Kompromisse einzugehen und Bündnisse zu schließen, muß sich nicht wundern, wenn er allein dasteht“ (zitiert nach: Nation und Europa 3/96, S. 18). Die rechtsextreme Zeitung „Nation und Europa“ (NE) kommentiert diesen Gedankengang: „Von Uhle-Wettler war schon in NE Nr. 9/95 ein dringender Einigungsappell erschienen. Seitdem hat die Vernetzung der demokratischen Rechten hinter den Kulissen durchaus Fortschritte gemacht“ (ebenda).

Für eine Vereinigung der „Nationalen Rechten“ plädieren aber auch Schönhuber und der REP-Bundesvorsitzende Schlierer. Schlierer sucht – unter Ausgrenzung der von ihm als rechtsextrem eingestuften Kräfte – neue Bündnisse im konservativen Lager. Jean Cremer weist in seiner Untersuchung in „analyse und kritik“ auf ein Interview Schlierers in der österreichischen Zeitung „Aula“ hin, in dem Schlierer erklärt: „daß in Zukunft Konservative, Nationale, Nationalliberale zusammenstehen müssen und auch eine klare Abwehrfront bilden müssen. . . Hier wird es sicherlich neue Gemeinsamkeiten mit unserer Partei und solchen Kräften geben, die uns bislang eher fern standen“ (zitiert nach: ak, 11. Januar 1996).

Die Zielgruppe, die Schlierer hier vor Augen hat, sind jene Kräfte, die der „neurechte“ Journalist Rainer Zitellmann (vgl. Wolfgang Gessenharter und Helmut Fröchling, österr. Zeitschrift für Politikwissenschaften 4/1995 „Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland“) als einer der Initiatoren um den Aufruf zum 8. Mai 1954 „Gegen das Vergessen“ gruppieren konnte, also ein Spektrum, das vom ehemaligen Bundesminister Hans Apel (SPD), über den aktuellen Bundesminister Carl-Dieter Spranger (CSU), über Repräsentanten aus den Vertriebenenverbänden, über Vertreter des rechten Flügels der CDU, wie Alfred Dregger, über Exponenten des nationalliberalen Flügels der FDP, über Politiker des „Bund Freier Bürger“ und Vertreter der Deutschen Sozialen Union (DSU) bis hin zu den REP reichte.

Manifestiert wird diese Zielgruppe aber auch durch ein „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“, das 1995 entstand und vor allem durch eine Aktionseinheit zum 3. Oktober 1995 bekannt wurde. Zu den Unterzeichnern der Gründungserklärung dieses Bündnisses gehörten führende Funktionäre des Bundes Freier Bürger, der Deutschen Partei, der DSU, der STATT-Partei, der Unabhängigen Ökologen Deutschlands und

ehemalige Spitzenfunktionäre der REP. Aktuelle namhafte Repräsentanten der REP sind aber aus diesem Bündnis herausgehalten worden.

Klappt diese Zusammenarbeit mit Vertretern des konservativen Lagers und Vertretern anderer rechtsradikaler Parteien nicht, so dürfte die REP unter Führung Schlierers zumindest auf dem Wege der Geheimdiplomatie mit den rechtsextremen Parteien von gewissem Erfolg gekrönt sein. Nach Aussagen des REP-Landesvorsitzenden von Thüringen, der vor kurzem aus den REP austrat, weil er sich mit Ordnungsmaßnahmen konfrontiert sah – die der Bundesvorstand gegen ihn wegen seiner Vereinigungsbemühungen am Runden Tisch mit Vertretern der Deutschen Liga (DL), der NPD und der DVU eingeleitet hatte –, soll Schlierer selber Kontakte zur Deutschen Liga gesucht haben. In seinem Austrittsschreiben führt er aus: „Einerseits wird diese Form des Dialogs mit Gleichgesinnten verboten, und andererseits bemüht sich Herr Schlierer über Mittelsmänner (Landesvorstandsmitglieder von Thüringen), Wahlabsprachen mit der DL-VH hinsichtlich der Landtagswahlen in Baden-Württemberg zu führen“ (zitiert nach: ak, 11. Januar 1996). Offenbar hatten die REP hier mit der Deutschen Liga vereinbart, daß sich die REP auf Baden-Württemberg konzentrieren würden und nicht in Schleswig-Holstein zur Landtagswahl antreten würden, wenn die DL sich nur in Schleswig-Holstein zur Wahl stellen würde.

Franz Schönhuber, der seit seiner Abwahl und seinem Austritt vor allem in den Publikationsorganen wie „Nation und Europa“ und „Europa vorn“ publiziert, die der DL nahe stehen, kritisiert die Haltung der Ausgrenzung im Lager der „nationalen Rechten“ heftig. Selbstkritisch urteilt er die 1990 betriebene Ausschaltung der Kräfte um Harald Neubauer auf dem Ruhsdorfer Parteitag der REP. Der antifaschistische Publizist Jean Cremer gibt die Position Franz Schönhubers wie folgt wieder: „... Es sei ein ‚politischer Striptease‘, den seine Partei beim Versuch der Anpassung an die Verfassungskonformität durchgeführt habe. Dabei sei in Kauf genommen worden, daß beispielsweise ‚in Fragen der Asyl- und Ausländerpolitik, der inneren Sicherheit, auch der nationalen Bekenntnisse CSU und Teile der CDU (die REPs, Anm. U.J.) rechts überholten und sich patriotische Tarnmäntelchen umhingen‘. Auf diese Weise ist den Unionsparteien die weitgehende Re-Integration der Wählerschaft bei den REPs ebenso gelungen wie Jahre zuvor bei der NPD“ (zitiert nach: ak, 11. Januar 1996). Und Schönhuber zieht enttäuscht Bilanz über das Verhalten der Konservativen zu den Versuchen der Intellektualisierung der REP:

„Wer auf wertkonservative Unterstützung hofft, verwechselt einen Tiger mit einem Papiertiger, einen Wolfshund mit einem Schoßhund. Wo verteidigen diese Konservativen denn ihre Werte? Sie dürfen zwar zuweilen auf Stiftungen und dergleichen Gassi gehen, landen aber sofort wieder im Käfig der Parteidisziplin, wenn sie allzu patriotisch bellen“ (zitiert nach: ak, 11. Januar 1996).

Franz Schönhuber favorisiert heute ein Personenbündnis, ähnlich wie es von der DL betrieben wird und sich in einer Vielzahl von Runden Tischen und Erklärungen (wie der „Pulheimer Erklärung“, die von der Zeitung „Europa vorn“ protegirt wird, das „Eisenacher Signal“, die „Ingolstädter Erklärung“, den „Berliner Ratschlag“, die „Münchner Mahnung“, den „Rheinischen Appell“ etc.) ausdrückt (DESG-inform Nr. 1–2/1996).

1. Welche aktuellen verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Lage innerhalb der NPD nach der Absetzung Günter Deckerts als Bundesparteivorsitzenden?

Auf dem Sonderparteitag am 23./24. März 1996 in Bad Dürkheim wurde Udo Voigt zum neuen Bundesparteivorsitzenden gewählt. Er konnte sich mit etwas mehr als der Hälfte der Stimmen gegen den bisherigen Bundesvorsitzenden Günter Deckert durchsetzen. Günter Deckert wurde zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Nach seiner Wahl kündigte Udo Voigt an, u. a. die Bündnisbestrebungen intensivieren und die von Günter Deckert betriebene „Revisionismus-Kampagne“ zurückstellen zu wollen.

- a) Was war der Anlaß dieser Absetzung, und welche inhaltlichen Differenzen stecken hinter diesem Schritt des Parteivorstandes?

Der Bundesvorstand der Partei warf Günter Deckert undurchsichtiges Finanzgebaren in bezug auf Parteigelder, autoritären Führungsstil sowie – aufgrund der Vielzahl der gegen ihn geführten Ermittlungs- und Strafverfahren wegen politisch motivierter Straftaten – parteischädigendes Verhalten vor.

- b) Welche Landesverbände haben sich hinter Günter Deckert gestellt?
- c) Welche Landesverbände haben sich gegen Günter Deckert gestellt?

Die Amtsenthebung Günter Deckerts verursachte vereinzelte ablehnende Reaktionen, z. B. bei den Landesverbänden Sachsen und Thüringen.

- d) Wann soll der Sonderparteitag der NPD stattfinden?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

- 2. Welche Haltung nimmt die NPD zu den Vereinigungsbestrebungen der DL ein?

Nach einer Pressemitteilung der NPD von Ende März 1996 hat Udo Voigt erklärt, der Sonderparteitag habe sich für eine gemeinsame Wahlplattform der nationalen Rechten unter Einbeziehung auch der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) ausgesprochen.

- 3. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über Geheimabsprachen der REP und der DL (und weiterer rechtsextremer Parteien) zu den 1996 anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz und den Kommunalwahlen in Bayern?

Hierzu liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor.

- 4. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Runden Tische zur Vereinigung rechtsextremer Kräfte?
  - a) In welchen Städten hat es derartige Runden Tische gegeben?
  - b) Welche politischen Gruppierungen/Parteien/Organisationen stehen hinter diesen Runden Tischen?
  - c) Wie viele Personen sind an den Aktivitäten dieser Runden Tische beteiligt?

Bekannt sind folgende parteiübergreifende Veranstaltungen (sog. „Runde Tische“) mit überregionaler Bedeutung:

1. Juni 1995: „1. Runder Tisch über die Zukunft der deutschen Rechten“ in Eisenach auf Einladung des REP-Landespräsidiums

Thüringen. Die Teilnehmer verabschiedeten das „Eisenacher Signal“ (vgl. auch Antwort zu Frage 8).

6. Juli 1995: „1. Münchner Runder Tisch“ auf Einladung des rechtsextremistischen „Nation-Europa-Freunde e.V.“. An der Veranstaltung nahmen rd. 200 Personen teil, u. a. Mitglieder der NPD, DVU, DLVH und der REP.

10. Juli 1995: „1. Runder Tisch der Konservativen und Demokratischen Rechten im Rheinland“ in Bergisch Gladbach. An dem von der DLVH initiierten Treffen nahmen rd. 80 Personen teil, u. a. Mitglieder der NPD, DVU und der REP. Die Teilnehmer verabschiedeten den „Rheinischen Appell“ (vgl. auch Antwort zu Frage 11).

2. September 1995: „Runder Tisch der Rechten im Rheinland“ in Pulheim. An dem von der DLVH initiierten Treffen nahmen rd. 70 Personen teil, u. a. Mitglieder der NPD, DVU und der REP. Die Teilnehmer verabschiedeten die „Pulheimer Erklärung“ (vgl. auch Antwort zu Frage 9).

22. September 1995: „2. Münchner Runder Tisch“ auf Einladung des rechtsextremistischen „Nation-Europa-Freunde e. V.“. An der Veranstaltung nahmen rd. 80 Personen aus dem rechtsextremistischen Parteienspektrum teil, darunter der ehemalige REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber.

2. Oktober 1995: „1. Pfälzer Runder Tisch“ in Ludwigshafen. An der von der DLVH organisierten Veranstaltung nahmen rd. 60 Personen teil, darunter Mitglieder der NPD, DVU und der REP.

19. November 1995: „Europa Vorn – Leserkreis/Buchvorstellung“ in Overath-Marialinden. An der von der DLVH initiierten Veranstaltung nahmen rd. 250 Personen teil. Neben dem ehemaligen REP-Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber waren Mitglieder der NPD, DLVH und der REP vertreten.

20. November 1995: „Berliner Runder Tisch“. An der von dem rechtsextremistischen „Nation-Europa-Freunde e. V.“ initiierten Veranstaltung nahmen rd. 70 Personen teil, Pressemeldungen zufolge u. a. Mitglieder der REP sowie Angehörige (verbotener) neonazistischer Organisationen.

2. März 1996: „Erster Runder Tisch im Ruhrgebiet“ in Mühlheim/Ruhr. An der auf Einladung des „Förderkreises Bündnis Deutschland/Runde Tische NRW“ durchgeführten Veranstaltung nahmen rd. 160 Personen teil, unter ihnen Franz Schönhuber sowie zahlreiche REP-Mitglieder.

- d) Welche politisch strategischen Überlegungen werden von den Vertretern dieser Runden Tische jeweils verfolgt, und an welchen inhaltlichen Positionen wollen sie sich als Alternative anbieten?

Ziel der „Runden Tische“ ist es, über Parteigrenzen hinweg eine Einigung des „rechten Lagers“ zu erreichen, um damit insbesondere die Chancen rechtsextremistischer Parteien bei Wahlen

zu erhöhen. Darüber hinaus wurden kaum nennenswerte programmatische Aussagen getroffen.

5. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über das Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands, und welche namhaften rechtsextremen Gruppen/Parteien/Organisationen und Einzelpersonen sind an diesem Bündnis beteiligt?
  - a) Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse über Aktionen und Veröffentlichungen dieses Bündnisses hat die Bundesregierung?
  - b) Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Kundgebung dieses Bündnisses am Kyffhäuser-Denkmal am 3. Oktober 1995, und in welchen rechtsextremen Zeitungen wurde über diese Aktion berichtet?

Hierzu liegen keine eigenen Erkenntnisse vor.

6. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über das neuentstandene „Forum Bündnis Deutschland“?

Bei dem „Forum Bündnis Deutschland“ handelt es sich um die Publikation des „Förderkreises Bündnis Deutschland/Runder Tisch NRW“, der Ende Oktober 1995 von Angehörigen rechtsextremistischer Parteien, insbesondere Vertretern der DLVH, gegründet wurde. Der Förderkreis sieht sich – so seine Publikation „Forum Bündnis Deutschland“ Nr. 1/1996 – als „regionaler Verbund demokratischer Patrioten“ und will unter „Beibehaltung einer vorerst lockeren Struktur“ zur „Bündelung, Vernetzung und Versöhnung der Patrioten“ beitragen.

7. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über das „1. Nationale Jugendforum Thüringen“?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

8. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das „Eisenacher Signal“, ihre Urheber und das sie tragende Kräfte?

Am 1. Juni 1995 fand auf Einladung des REP-Landespräsidiums Thüringen in Eisenach ein „1. Runder Tisch über die Zukunft der deutschen Rechten“ statt. Die Teilnehmer verabschiedeten das „Eisenacher Signal“ und verständigten sich darauf, ab sofort nach dem Eisenacher Beispiel überall „Runde Tische“ mit dem Ziel einer Sammlung der Rechten einzuberufen.

9. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die „Pulheimer Erklärung“, ihre Urheber und die sie tragenden Kräfte?

Auf Initiative der DLVH fand am 2. September 1995 in Pulheim ein „Runder Tisch der Rechten im Rheinland“ statt. In der von den Teilnehmern verabschiedeten „Pulheimer Erklärung“ wird ein „kraftvolles Signal zur Vernetzung und Bündelung aller seriösen Kräfte von rechts“ gefordert. Das „Gegeneinander eigentlich Gleichgesinnter“ müsse beendet werden. Nur durch das Zusammenfinden „vernünftiger Patrioten“ könne „der Zerfall gestoppt werden und eine neue Aufbruchstimmung entstehen“.

10. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die „Ingolstädter Erklärung“, ihre Urheber und die sie tragenden Kräfte?

Der DLVH-Landesvorstand Bayern verabschiedete am 11. Februar 1995 in Ingolstadt die „Ingolstädter Erklärung“, in der ein „parteipolitischer Neubeginn zur Schaffung einer rechten Wahlplattform in Deutschland“ gefordert wird. Ziel sei die Teilnahme an den nächsten bayerischen Landtagswahlen 1998.

11. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den „Rheinischen Appell“, seine Urheber und seine tragenden Kräfte?

Im Rahmen des von der DLVH veranstalteten „1. Runden Tisches der Konservativen und Demokratischen Rechten im Rheinland“ am 10. Juli 1995 in Bergisch Gladbach verabschiedeten die Teilnehmer den „Rheinischen Appell“. In diesem wird – wie bereits im „Eisenacher Signal“ – die Gründung „Runder Tische“ gefordert.

12. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den „Berliner Ratschlag“, seine Urheber und seine tragenden Kräfte?
13. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die „Münchner Mahnung“, ihre Urheber und die sie tragende Kräfte?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

14. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über das „Bayerische Wählerforum '98“?

Das „Bayerische Wählerforum 98“ wurde im November 1995 zur „Schaffung einer für alle demokratischen Patrioten offenen Wählergemeinschaft“ ins Leben gerufen. Grundlage für die politische Arbeit sei die „Ingolstädter Erklärung“ (vgl. Antwort zu Frage 10). Als überregionale Kontaktadresse ist der stellvertretende DLVH-Landesvorsitzende Herbert Quast angegeben.

15. Welche Rolle spielt die REP als Bundespartei, und welche Rolle spielen einzelne Landesverbände der REP bei der Herausbildung der Runden Tische?

Der Bundesvorstand der REP lehnt eine Beteiligung an den „Runden Tischen“ ab. In einer Pressemitteilung vom 26. März

1996 heißt es, der Bundesvorstand habe in seiner Sitzung am 25. März 1996 einstimmig den Abgrenzungsbeschluß vom 18. Juli 1995 bestätigt, in dem die Partei weiterhin jede Annäherung, jede Absprache oder jede andere Form der Zusammenarbeit mit Parteien oder Gruppierungen ablehne, die der „Alten Rechten“ zuzuordnen seien. Gegen die Teilnehmer an „Runden Tischen“ kündigte der Bundesvorstand Parteiordnungsmaßnahmen an. Mitglieder der REP haben jedoch in der Vergangenheit wiederholt gegen den Abgrenzungsbeschluß verstoßen. Insoweit wird auf die Antworten zu Frage 4 a) bis c) Bezug genommen.

16. Wie verhält sich die DVU gegenüber den Runden Tischen?

Seitens des Bundesvorsitzenden der DVU, Dr. Gerhard Frey, werden „Runde Tische“ abgelehnt. Dennoch nehmen vereinzelt DVU-Mitglieder an derartigen Veranstaltungen teil. Insoweit wird auf die Antwort zu Frage 4 a) bis c) verwiesen.

17. Welche Rolle nimmt die Deutsche Solidarität – Öko-Union bei den Vereinigungsversuchen der „Nationalen Rechten“ ein?
18. Welche Rolle nimmt der Bund Freier Bürger bei diesen Vereinigungsversuchen der „Nationalen Rechten“ ein?
19. Welche Rolle nehmen die Unabhängigen Ökologen Deutschlands bei diesen Vereinigungsversuchen der „Nationalen Rechten“ ein?
20. Welche Rolle nimmt das „Ostpreußenblatt“ bei diesen Vereinigungsversuchen der „Nationalen Rechten“ ein?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

21. Welche Rolle nimmt der Brigadegeneral a. D. Uhle-Wettler bei diesen Vereinigungsversuchen der „Nationalen Rechten“ ein?

Personenbezogene Daten und wertende Stellungnahmen zur politischen Tätigkeit von Einzelpersonen im Bereich des Extremismus veröffentlicht die Bundesregierung nur unter den Voraussetzungen des § 16 Abs. 2 BVerfSchG.

22. Wie verhalten sich die militanten Rechten und die neonationalsozialistischen Kräfte zu diesen Vereinigungsbemühungen der „Nationalen Rechten“?

Die Bündnisbemühungen rechtsextremistischer Parteien werden von Neonazis unterschiedlich bewertet. Ein Teil von ihnen unterstützt oder befürwortet diese Bemühungen (z. B. durch eine Teilnahme an „Runden Tischen“), weil sie eigenen strategischen Vorstellungen entsprechen. Ein anderer Teil steht ihnen desinteressiert gegenüber, er tendiert eher dazu, in Kleingruppen zu agieren. In wenigen Einzelfällen beteiligen sich auch militante Rechtsextremisten und Skinheads an „Runden Tischen“.